

GRÜNE UND PIRATEN, RHEINALLEE 4G, 67061 LUDWIGSHAFEN

Stadt Ludwigshafen
Rathausplatz 20
67059 Ludwigshafen



Grüne Ludwigshafen und Piraten
Fraktion im Stadtrat Ludwigshafen

Nesrin Akpinar
Raik Dreher
Fraktionsvorsitzende
Kathrin Lamm
Jens Brückner
Heinz Zell (Piratenpartei)
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Rheinallee 4g
67061 Ludwigshafen
Tel: (0179) 5241090
Fax: (06232) 17122975
E-Mail: dreher@grueneundpiraten-lu.de

Antrag „Sichere Häfen“

21. Oktober 2019

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Steinruck,

die Fraktionen „DIE LINKE“ und „Grüne Ludwigshafen und Piraten“ bitten um Aufnahme des folgenden Antrages auf die Tagesordnung der kommenden Stadtratssitzung:

Der Stadtrat möge beschließen:

Ludwigshafen bekennt sich zu seiner Verantwortung, Menschen zu helfen, die durch Krieg, Verfolgung und andere Notlagen ihre Heimat verlassen haben und in Deutschland Zuflucht suchen.

Die Stadt Ludwigshafen und ihre Oberbürgermeisterin schließen sich diesem Appell von derzeit 113 Städten und Gemeinden, u.a. von Mannheim, Heidelberg, Bonn, Düsseldorf, Berlin, Freiburg und Köln, an die Bundesregierung

Bankverbindung:
Sparkasse Vorderpfalz
IBAN DE11 5455 0010 0193 6096 74
BIC LUSDE6AXXX

an, der fordert, dass es intensive politische Anstrengungen geben muss um die katastrophale Situation im Mittelmeer zu lösen, bis es eine europäische Gesamtlösung für die Aufnahme, die Asylverfahren sowie die Integration von Geflüchteten gibt. Ein Formulierungsvorschlag ist in der Anlage beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen

Liborio Ciccarello



Raik Dreher
Fraktionsvorsitzende



Brief der Stadt Ludwigshafen an die Bundesregierung

Sehr geehrte Damen und Herren der Bundesregierung,

im Rahmen des Resettlement-Programms hatten die EU-Staaten zugesagt, 50.000 geflüchtete Menschen aufzunehmen, davon sind bislang 32.700 Geflüchtete auf sicherem und direktem Weg aufgenommen worden. Deutschland hatte die Aufnahme von 10.000 Flüchtlingen zugesagt und 4.100 bereits einreisen lassen. Diese bisherige Leistung verdient Anerkennung und Wertschätzung.

Die weltweiten Migrationsbewegungen sowie deren Ursachen und Folgen zählen zweifelsohne zu den zentralen Handlungsherausforderungen der Gegenwart. Aktuell bewegt insbesondere die Debatte um die Seenotrettung die Menschen. Die Stadt Ludwigshafen erklärt sich bereit, aus Seenot gerettete Menschen, beispielsweise von einem zivilen Seenotrettungsboot, direkt aufzunehmen und unterzubringen.

Gerade die Unterstützung von aus Seenot Geretteten sehen wir als Reaktion auf eine unerträgliche, inhumane Situation. Es ist keine Befürwortung unregelter Migration, auch wollen wir keine Fokussierung auf die Seenotrettung. Denn es kann kein Ziel sein, dass Menschen für sich und ihre Familien Gefahren für Leib und Leben eingehen, um migrieren zu können.

Mit dieser grundsätzlichen Bereitschaft verbindet die Stadt Ludwigshafen deshalb die Forderung an die Bundesregierung nach einem grundlegenden Konzept für eine pragmatische, humanitäre und nachhaltige Flüchtlings- und Migrationspolitik. Eine der Kernbotschaften des UN-Migrationspaktes lautet, dass nachhaltige Lösungsansätze nur durch internationale, alle Politikebenen umfassende, gemeinschaftliche Anstrengungen entwickelt und umgesetzt werden können.

Hierbei ist ganz ausdrücklich die Mitverantwortung und Relevanz der kommunalen Ebene, insbesondere der Städte – als Lebensort für weit mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung und „Orte der Integration“ – zu nennen. Das Ausbleiben einer grundlegenden Konzeption für eine EU-Migrationspolitik bleibt nicht folgenlos: Das Beharren auf eigenen nationalstaatlichen Interessen vor einer solidarischen Gemeinschaftsperspektive, insbesondere mit Blick auf die Staaten mit EU-Außengrenzen, hat in den vergangenen zehn Jahren zu einem Vertrauensverlust in die suprastaatlichen Lösungskompetenzen der EU geführt. Die unzureichend geregelte europäische Flüchtlings- und Zuwanderungsthematik wurde spätestens mit den Ereignissen in 2015 zu einem zentralen Gegenstand nationaler Auseinandersetzung in den Mitgliedsstaaten, in deren Verlauf (neo-)nationalistische und EU-kritische Kräfte gestärkt wurden, sich etablieren und auch in Regierungsverantwortung kommen konnten.

Hierbei ist neben der Flüchtlingsmigration aus sogenannten Drittstaaten auch die EU-Binnenmigration entlang des sozioökonomischen Gefälles zwischen dem Süden und Norden sowie dem Osten und Westen der EU ein nicht unwesentlicher Grund für die wachsende migrationspolitische Skepsis in den Gesellschaften der EU-Mitgliedsstaaten. Derzeit verändert sich national die Flüchtlings- und Migrationspolitik, vieles ist richtig, bei einigen Regelungen verbleibt der Gesetzgeber beim Status Quo, was im Ergebnis weiterhin das Zutrauen in den Staat, einen professionellen und nachhaltigen Gestaltungs- und Regelungsansatz für die Migrationsthematik zu finden, schwächt: Der Großteil der Geflüchteten hat einen Status als Geduldete und Gestattete. Trotz der Ausreisepflicht verbleiben viele Menschen als formal „Ausreisepflichtige“. Eine Integration in den Kommunen ist erschwert, gleichzeitig führt der dauerhafte Verbleib dazu, dass gegenüber dem Staat ein „Vollzugsdefizit“ wahrgenommen wird. - Das jüngst verabschiedete Migrationspaket beinhaltet (noch) keinen „echten“ Systemwechsel; ein „Spurwechsel“ ist auch weiterhin nicht möglich. Wer aber gute Integrationsschritte geht, muss eine Bleibeperspektive erlangen können.

Erforderlich wäre ein transparentes und klar geregeltes Einreisepolitiksystem in die EU. Besondere Unterstützung bedarf es für außereuropäische Aufnahmefländer, die eine hohe Anzahl an Geflüchteten aufgenommen haben. City-to-City-Kooperationen zwischen EU-Städten und Städten in Krisengebieten könnten einen Beitrag zur Stabilisierung vor Ort und damit zur Vermeidung von Fluchtursachen beitragen.

Mit der Einrichtung von UNHCR Zentren könnten nur die Schutzbedürftigen ausgeflogen werden (Resettlement), während sich auf den Booten gemischte Gruppen befinden, von denen einige wieder keinen Aufenthaltsstatus erhalten werden.

Ein geregeltes und humanitäres System setzt einen besseren Schutz der EU-Außengrenzen und eine höhere Akzeptanz dessen voraus.

Sehr geehrte Damen und Herren der Bundesregierung,

auch wenn zahlreiche Städte bereit sind, Geflüchtete über die Seenotrettung aufzunehmen, kann die Verantwortung für geflüchtete Menschen in Not nicht an aufnahmewillige Kommunen delegiert bzw. stillschweigend dabei belassen werden. Die Bundesregierung sollte bei ihrem Handeln gerade die kommunale Perspektive, wo sich das Gelingen oder Nichtgelingen des Zusammenwachsens und des Miteinanders von Einheimischen und Zugewanderten entscheidet, im Blick behalten und dementsprechend unterstützend agieren.

Mit freundlichen Grüßen

Die Oberbürgermeisterin